

Architekturwirklichkeiten II: Salzburg

Alle Bausünder kommen ins Himmelreich

„Es gibt derzeit keine andere Stadt in Mitteleuropa, die derart umfassend die Zukunft ihrer selbst thematisiert und in praktischen Angriff nimmt. Kleinmütig und fragmentarisch wirken im Vergleich zum Salzburg-Projekt die Initiativen der IBA in Berlin, [...] die Wiener Wohnbauinitiative, [...] die monumentalen Staatsprogramme von Paris ...“ So Dietmar Steiner 1986 in seinem Vorwort zum Buch „Das Salzburg-Projekt“. Der inzwischen legendäre Aufbruch zu einer offenen, sowohl partizipatorischen und als auch architektonisch qualifizierten Form der Stadtplanung war bei der Diskussion, zu der die Architekturstiftung am 14. September 2001 geladen hatte, kein explizites Thema. Ein wenig Nostalgie schlich sich aber doch am Rande ein. Als ich das kleine, quadratische Büchlein (für Bibliophile: Das erste Buch² im Falter Verlag, von Eichinger/Knechtl in Le Corbusiers Modulor Format von 145 mal 145 mm gestaltet) zu meinen Unterlagen auf den Tisch legte, meinte einer der Gesprächsteilnehmer nicht ohne Selbstironie: „Ach ja, unsere Bibel“. Dem großen Aufbruch ist die Normalität gefolgt. Das vielfach kopierte Modell des Gestaltungsbeirats wird in der Stadt Salzburg nach wie vor als wesentliches Qualitätsinstrument gesehen, Reformbedarf gibt es dennoch: Zu sehr ist der Beirat auf die Ebene des Einzelobjekts beschränkt, in städtebaulichen Fragen fehlt es an Orientierung. Die anhaltende und nie aufgelöste Uneinigkeit zwischen Stadt und Land Salzburg hat dazu geführt, dass Raumordnungskonzepte entweder fehlen oder zur Ineffizienz verurteilt sind. Symptomatisch zeigt sich dieses Defizit bei einzelnen Großprojekten und bei der Entwicklung des diffusen Speckgürtels, der sich um die Stadt Salzburg ausbreitet. In den ländlichen Regionen besteht zarte Hoffnung, dass die jahrelange Stagnation im touristisch standardisierten Mittelmaß aufbricht. Gestaltungsbeiräte gibt es zwar auch dort schon lange; sie werden jedoch oft von den lokalen Platzhirschen zur Absicherung des Status Quo missbraucht. Immer mehr Gemeinden suchen jedoch nach einer Identität jenseits des touristischen Einheitsbreis und damit nach neuen Partnern. Was die Rolle der ArchitektInnen betrifft, sind sich die teilnehmenden Bauherrenvertreter in einem Punkt einig: Wer nichts von Ökonomie versteht, hat keinen Platz mehr in den heutigen Planungsspielen. Dass man den ArchitektInnen aber auch entsprechende Kompetenzen einräumen muss, damit sie ihre Verantwortung übernehmen zu können, scheint sich aber noch nicht allgemein herumgesprochen zu haben.

Christian Kühn

Kühn: Wenn Sie auf die letzten Jahre Architektorentwicklung in Salzburg zurückblicken: Was waren die erfolgreichsten Projekte?

Padutsch: Auf die Stadt bezogen, war das sicher der Markartsteg, das erste moderne Bauwerk, bei dem es völlig im Gegensatz zu sonst keine einzige negative Stimme gab, weder aus der Bevölkerung noch aus der Politik oder aus den Medien.

Kühn: Das klingt ein wenig so, als wäre das Ausbleiben von Kritik für einen Politiker das zentrale Erfolgskriterium.

Padutsch: Nein, überhaupt nicht. Der Markartsteg ist fachlich gesehen ein ausgezeichnetes Projekt, eines der besten, das wir in den letzten Jahren realisiert haben. Aber nach meiner Erfahrung stößt engagierte Architektur in der Regel auf öffentliche Kritik, und deswegen sollte man die allgemeine Begeisterung, die bei diesem Projekt ausgebrochen ist, besonders hervorheben.

Spannberger: Ich hätte auch als erstes den Markartsteg genannt und dann eine Reihe von Projekten mittlerer Größe, die alle über Wettbewerbe oder Gutachterverfahren abgewickelt wurden, wie zum Beispiel der Kinderhort

in Taxham von Flöckner/Schnöll, der neue Kindergarten in der Moosstraße von one room, Huber und Meinhart oder das Wohnhaus am Glantrepplweg von Halle 1. Es ist aber symptomatisch, dass diese architektonisch hochwertigen Projekte über eine bestimmte Dimension nicht hinausgehen.

Die mäßige Architektur von Großprojekten spiegelt ungelöste Standortfragen wider.

Mayr: In Salzburg kann man eine sehr engagierte, stetig wachsende Architekturszene beobachten. Dem steht diametral gegenüber, dass Salzburg bei größeren öffentlichen Projekten in den letzten Jahren nichts Gelungenes vorzuweisen hat. Ich denke da zum Beispiel an das Kongresshaus, an das neue Stadion und an das so genannte „Museum am Berg“. Die mäßige Architektur spiegelt ungelöste Standortfragen wider, ein Hauptproblem in Salzburg. Ein neues Stadion direkt vor das Barockschloss Kleßheim zu errichten, ist ja eine Selbstbeschränkung: Das offensichtlich doch vorhandene schlechte Gewissen treibt die Betreiber dazu, das Stadion so niedrig wie möglich zu machen – die städtebaulichen und architektonischen Potenziale werden nicht genützt. Und dann wurde das Siegerprojekt des Wettbewerbs auch noch so radikal



Norbert Mayr

verändert, dass von den dort argumentierten „Land-art“-Qualitäten – wenn es sie je gegeben hat – nichts mehr übrig ist. Das Land als Hauptbetreiber argumentiert, dieser Ort im Landschaftsschutzgebiet wäre der einzig verfügbare gewesen und gibt damit zu, dass seine Raumordnungspolitik versagt hat.

Garstenauer: Der grundsätzliche Mangel bei der Vorbereitung dieser und vieler anderer Projekte in der Stadt Salzburg ist das Fehlen einer fundierten Standortuntersuchung. Die gibt es deswegen nicht, weil für die Strukturierung der Stadt keine Idee vorliegt. Es gibt zwar ein räumliches Entwicklungskonzept und einen Flächenwidmungsplan, aber solche Vorgaben haben nur Sinn, wenn eine übergeordnete Idee vorliegt, wenn sich also Architekten dieser Stadt annehmen und sie zu einem Gegenstand künstlerischer Auseinandersetzung machen dürfen. Dann würden solche Dinge wie die falschen Standorte vorher aufgerollt werden und man könnte ganz anders reagieren.

Padutsch: Ich möchte da zwischen der Vorgehensweise der Planungsabteilungen und der Vorgehensweise der Politik unterscheiden, und dann noch einmal zwischen Stadt und Land. Die Stadtplanung hat ja schon vor zehn Jahren begonnen, einen Standort für das Stadion zu suchen. Der Standort, der am besten geeignet erschien und auch im Entwicklungskonzept enthalten war, ist dann mit dem Argument politisch gekippt worden, dass wir gar kein neues Stadion brauchen. Als das Land später das Stadion zu einem Prestigeprojekt auserkoren hat, war Bürgermeister Bieringer aus Wals wieder einmal sofort zur Stelle und hat den Standort Klesßheim angeboten.

Bei den Landesprojekten spielen politische und persönliche Eitelkeiten eine entscheidende Rolle.

Kühn: Die anderen Standorte sind an der Kritik der Bevölkerung gescheitert?

Padutsch: Einige waren auch fachlich nicht das non plus ultra. Sie waren zum Teil außerhalb der Stadt, also sehr autoorientiert. Als die Stadt aufgefördert wurde, innerhalb von drei Wochen einen Alternativstandort zu nennen, war der Gemeinderat dazu nicht in der Lage, obwohl der Standort an sich klar wäre, nämlich in Lieferung. Für diesen Standort gibt es auch ein Alternativprojekt von uns, das von allen als das beste bezeichnet wird,

aber politisch ist es einfach in eine andere Richtung gelaufen. Bei den Landesprojekten spielen politische und persönliche Eitelkeiten eine entscheidende Rolle. Die Planungsabteilung arbeitet also an sich gut und konsequent, aber immer wenn Projekte eine gewisse Dimension erreichen und damit politisch ein Faktor werden, dann wird es kritisch. Von den Bauunternehmen bis zu den Fraktionen ist allen klar, dass es ein Unsinn ist, das Projekt in Kleßheim zu bauen, aber der Zug ist inzwischen abgefahren, auch wenn wir weiter dagegen auftreten.

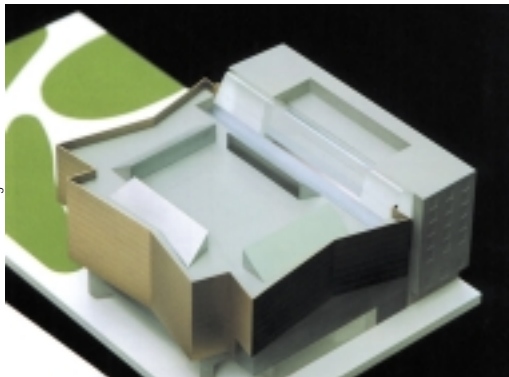
Kühn: Prof. Garstenauer hat eine übergeordnete Idee für die Stadt gefordert. Kann man nicht damit solche Entwicklungen verhindern?

Padutsch: Es hat keinen Sinn, jahrelang ein Stadtentwicklungskonzept zu schreiben, das bei seiner Fertigstellung schon wieder überholt ist. Wir konzentrieren uns heute darauf, Rahmenbedingungen zu definieren. Im Entwicklungskonzept, das erstmals seit 1970 neu geschrieben wurde, haben wir beispielsweise überlegt, wie sich eine Einkaufsstadt Salzburg entwickeln könnte. Wenn man jetzt an die Realisierung von großen Einkaufszentren denkt, ist das in den Entwicklungskorridoren möglich und in den so genannten mittleren und überregionalen Zentren. Wir sprechen auch nicht mehr von Generalverkehrsplänen, sondern von Leitlinien in der Verkehrspolitik, also von der Förderung unterschiedlicher Verkehrsarten. Das ist ein Rahmengerüst für die Politik, das auch Vorgabe für den Flächenwidmungsplan ist, so dass es für die Politik rein rechtlich sehr schwer ist etwas anderes zu tun, als sie im Entwicklungskonzept festgelegt hat.

Das Vakuum in der Raumordnung provoziert die Politiker, das Heft an sich zu reißen und in ihrer Inkompetenz einsame Entscheidungen zu treffen.

Fürst: Ist es nicht ein Versäumnis, wenn die Stadt nur alle 30 Jahre ihr Entwicklungskonzept erneuert? Salzburg hat unbestritten eine der höchsten Lebensqualitäten in Europa, aber es ist eine Schlaf- und Wohnstadt und läuft Gefahr, keine lebendige Stadt mehr zu sein. Städte wie Zürich oder München haben über Jahrzehnte eine mutige Raumordnung und Stadtplanung gemacht, während man bei uns den Gestaltungsbeirat installiert hat, der sich aber nur um Fragmente kümmern darf. Und dieses Vakuum provoziert die Politiker, das Heft an sich zu reißen und in ihrer Inkompetenz einsame Entscheidungen zu treffen,





Modellfoto: Atelier Baldeweg

Juan Navarro Baldeweg: Projekt Kongresshaus Salzburg

nicht nur auf Landes-, sondern auch auf Stadtebene. Eine zeitgemäße Raumordnung auf einer Ebene über dem Einzelprojekt sehe ich nirgends.

Padutsch: Es gibt Ansätze wie die Initiative Europaregion Salzburg, wo wir uns bemühen eine gemeinsame Planungskompetenz über die Gemeinde- und Landesgrenzen hinaus zu schaffen, vom Berchtesgardener Land über den oberösterreichischen und Salzburger Teil des Zentralraumes der Stadt Salzburg. Zur Kritik, dass wir uns nur mit Fragmenten beschäftigen: Wir versuchen durchaus, von der klassischen Stadtplanung wegzugehen – also von der Standortsuche für ein konkretes Projekt wie etwa das Stadion – und ganze Stadtbereiche zu analysieren, beispielsweise im Projekt Entwicklungskorridor Ignaz-Harrer-Straße. Das ist der Bevölkerung schwieriger zu vermitteln als ein Großprojekt, aber auch da suchen wir nach neuen Wegen, etwa die Entwicklungspotenziale mit kurzen Animationsfilmen aufzuzeigen.

Kühn: Die Stadt als Gegenstand einer künstlerischen Gesamtbetrachtung, wie sie Prof. Garstenauer gefordert hat, sehe ich da nicht. Ist das vielleicht eine Generationsfrage? Der Begriff Stadtbaukunst steht ja heute noch weniger hoch im Kurs als der Begriff Stadtplanung, an die ja aus der jüngeren Generation niemand mehr so richtig glaubt.

Es ist ein Unding sondergleichen, dass der Gestaltungsbeirat für die Altstadt überhaupt nicht zuständig ist.

Garstenauer: Da möchte ich gleich etwas richtig stellen: Ich unterliege sicher keiner Planungsgläubigkeit. Planen und Gestalten sind unglaublich komplexe Vorgänge, bei denen Zufall und Wahrscheinlichkeit immer hineinspielen werden. Aber ohne eine Gesamtvorstellung können wir im Detail nichts Wesentliches tun. Das heißt, man muss die Stadt als Ganzes sehen. Und diese Entscheidungsgrundlage fehlt der Politik. Selbstverständlich muss man dabei in Varianten denken, in offenen Strukturen, die der Veränderlichkeit ganz besonders zugänglich bleiben müssen, das ist ein permanenter Prozess. Aber es lassen sich doch Strukturen markieren, die bleibende Qualitätsmerkmale aufweisen, die man nicht ohne weiteres zerstören darf. Darum gibt es den Schutz historischer Qualität, aber auch den Schutz des Landschaftsraums. Ich gebe Herrn Padutsch recht, dass es bis zur obersten Verwal-



Foto: Franz Neumayr

Gerhard Garstenauer

tungsebene recht gut funktioniert. Aber zwischen Verwaltung und Politik klafft eine große Lücke. Auf der Ebene des Einzelprojekts ist es uns mit dem Gestaltungsbeirat im Prinzip gelungen, diese Lücke zu füllen. Aber wir sehen dort immer nur das einzelne Projekt, und nie das Stadtganze. Das beginnt schon damit, dass der Gestaltungsbeirat für die Altstadt gar nicht zuständig ist. Das ist ein Unding sondergleichen, gegen das ich seit Jahren ankämpfe. Man muss zu einer Synthese bei diesen Gestaltungsfragen finden, statt sich gegenseitig auszutricksen.

Kühn: Sie plädieren also auch auf der Ebene der Stadt- und Regionalplanung für ein Expertenkollektiv analog zum Gestaltungsbeirat?

Im Moment haben wir zwar einen bauwütigen Landeshauptmann, aber er ist in Sachen Bauen nicht immer gut beraten. Muss ein Museum unbedingt in der Innenstadt errichtet werden?

Garstenauer: Kein Kollektiv, es muss immer die persönliche Verantwortung der Mitglieder in solchen Beiräten geben. Wir haben uns das beim Gestaltungsbeirat, an dessen Gründung ich ja beteiligt war, sehr genau überlegt. Fünf Mitglieder sichern in meinen Augen eine sehr gute Mischung. Ich denke auf Stadt- und Raumplanungsebene auch nicht an ein permanentes Gremium, sondern an eines, das für spezielle Fragen eingesetzt wird, um im Auftrag der Politik Entscheidungen vorzubereiten.

Ebner: Im Moment haben wir zwar einen bauwütigen Landeshauptmann, der sogar grundsätzlich an Architektur interessiert wäre. Aber er in Sachen Bauen nicht immer gut beraten, und deshalb werden Standortentscheidungen oft nicht aus städtebaulichen, sondern aus politischen Motiven getroffen. Unter anderem wäre zu klären gewesen, ob die 4 Prozent Fläche Innenstadt in Salzburg, die ja bereits extrem verdichtet ist, zusätzlich mit Projekten überladen werden soll. Muss ein Museum unbedingt in der Innenstadt errichtet werden? Die Residenz ist zum Beispiel für ein Museum wie das Carolino Augusteum gar nicht geeignet, und auch über den Standort am Berg hätte es eine intensivere Diskussion geben müssen.

Mayr: Da spürte man schon im Vorfeld, wie falsch die Dinge liefen. Beim Hearing zum Wettbewerb 1998 haben einige Architekten die Jurymitglieder Snozzi und Achleitner gefragt, was denn die Spielräume für das Projekt



Foto: Cocoloro

Peter Ebner

seien. Die beiden haben gar nicht geantwortet, sondern der Landesbaudirektor hat erklärt, dass der Mönchsberg eine Art heiliger Berg ist, auf dem die Bergkante unantastbar ist. Das Bild des Wettbewerbsiegers hat sich an diesem Tag schon stark verdichtet, lange bevor damals nicht abgeschreckte Architekten ihre Projekte eingereicht hatten.

Kühn: Aber hat Salzburg nicht in bezug auf die Wettbewerbskultur einmal eine Vorreiterrolle gespielt?

Maierhofer: Sicher, in den achtziger Jahren, als wir im Auftrag des Bautenministeriums mit der Umsetzung der Jahrhundert-Projekte betraut waren, unter anderem mit der Naturwissenschaftlichen Fakultät und der Finanzlandesdirektion. Während damals in Wien Aufträge dieser Größenordnung vom Bautenministerium noch freihändig vergeben wurden, gab es in Salzburg unter dem Druck der Stadt in diesen Fällen bereits Wettbewerbe. Das war aus meiner Sicht ein ganz wesentlicher Erfolg, um auf Ihre Eingangsfrage zurückzukommen.

Spannberger: Um die Wettbewerbskultur am Land haben uns die anderen Bundesländer lange zu Recht beneidet. Sämtliche Projekte, bei denen Gelder aus dem Gemeindeausgleichsfonds investiert wurden, mussten ab einer Bausumme von 20 Millionen Schilling einem Wettbewerbsverfahren unterzogen werden. Durch den EU-Beitritt hat sich das leider geändert: heute können Baumeister an den Verfahren teilnehmen, es kann mit den drei Erstgereihten verhandelt werden, und eine Beauftragung nach GOA ist längst nicht mehr selbstverständlich.

Mit privaten Bauherren ist es uns fast durchgängig gelungen, Qualität zu erreichen, sogar mit denen, die zuerst sehr ablehnend waren.

Padutsch: Wir legen immer noch sehr viel Wert auf Wettbewerbskultur und haben uns als Ressort verpflichtet, die Ergebnisse eines Wettbewerbs, und nur diese, als Grundlage für die Bebauungspläne zu nehmen. Die Grundlagenarbeit in der Stadtplanung wird aus meiner Sicht sehr engagiert und mit Qualität betrieben. Deshalb ist es für uns auch besonders bitter, wenn gerade wichtige Großprojekte schief laufen wie das Kongresshaus, wo es ja nach dem Wettbewerb ein Siegerprojekt mit internationaler Strahlkraft von Juan Navarro Baldeweg gegeben hätte, das dann politisch gekippt wurde. Mit privaten Bau-



Foto: Institut für Gebäudelehre, TU Wien

Massimiliano Fuksas: Shoppingcenter Europark Salzburg

herren ist es uns dagegen fast durchgängig gelungen, Qualität zu erreichen, sogar mit denen, die zuerst sehr ablehnend waren. Die Firma Spar hat erst dann einem Verfahren zugestimmt, als drei ihrer eigenen Projekte im Gestaltungsbeirat abgelehnt wurden. Ähnlich war es bei Mercedes/Pappas, die absolut keinen Wettbewerb wollten und heute hochglücklich sind, dass wir dieses Verfahren gemacht haben.

Kühn: Ich möchte noch auf ein Negativbeispiel aus dem öffentlichen Bereich eingehen, die neue Veranstaltungshalle am Messegelände, wo der Wettbewerbsieger auf eine sehr unschöne Art hinausgedrängt wurde.

Die Messegesellschaft hatte keine eigene Perspektive, außer dass sie zusätzliche Quadratmeter Halle braucht.

Padutsch: Das ist eine eigene Geschichte. Die Messegesellschaft hatte keine eigene Perspektive, außer dass sie zusätzliche Quadratmeter Halle braucht. Auf unseren Druck hin sind dann Konzepte entwickelt worden, weg von der reinen Messehalle zu einer multifunktionalen Stadthalle, und dafür wurde der Wettbewerb ausgeschrieben, wobei das Raumprogramm von der Messe allerdings nicht fertig durchdacht war. Mit dem Ergebnis war ich selbst nicht besonders glücklich, das sage ich gleich dazu, und dann wurde auch noch das Grundstück gewechselt, weil wir der Messegesellschaft eine besser geeignete Alternative zum vorgesehenen Standort vermitteln konnten. Das war praktisch zeitgleich mit der Jurysitzung, und im Grunde war da schon klar, dass die Halle nicht in der Form gebaut werden kann. Und dann sind die Verantwortlichen der Messe mit Politikern auf eine Exkursion nach Deutschland gefahren und haben dort eine hochprofessionelle Präsentation von den Architekten KSP-Engel und Zimmermann bekommen und sich auf deren ovalen Hallentyp, der bereits in Braunschweig errichtet wurde, eingeschworen. Um das Verfahren nicht ganz zu schmeißen, sollte dann noch der Wettbewerbsieger, Krismer und Waldhart, in eine ARGE mit dem deutschen Büro eingebunden werden, aber der hat sich verständlicher Weise dann auch irgendwann verabschiedet.

Kühn: Meines Wissens hat er nach einigen Verhandlungen aus der Zeitung erfahren, dass er den Auftrag verloren hat. Dass sich ein Bauherr, in dessen Aufsichtsrat der Bürgermeister und der Präsident der Wirtschaftskam-



Foto: Paul Ott

Splitterwerk: Wohnbau „Roter Laubfrosch“

mer sitzen, am Ende als privat und damit nicht an die EU-Vergaberichtlinien gebunden deklariert, ist doch eine Farce.

Ebner: Das Grundproblem ist ein anderes, nämlich dass die Messe keine Vision entwickelt hat. In Deutschland werden Messehallen inzwischen nur noch von den besten Architekten geplant, zumindest die Leitgebäude.

Maierhofer: Ich sehe das Dilemma darin, dass wir mit zwei Rahmenbedingungen konfrontiert sind. Einerseits sind wir verpflichtet – bei öffentlichen Bauten vom Gesetz her – nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, der Sparsamkeit und der Zweckmäßigkeit vorzugehen. Gleichzeitig ist der öffentliche Bauherr verpflichtet, Wettbewerbe durchzuführen, wegen der Vergaberichtlinien, aber manchmal auch nur aus Förderungsgründen, etwa im Wohnbau oder weil der Gemeindeausgleichsfonds nur fördert, wenn ein Wettbewerb stattgefunden hat. Gute Einrichtung. Aber unser Dilemma ist, dass in Wettbewerben – und wir machen viele Wettbewerbe – nur sehr wenige Projekte entstehen, die auch die Kostenvorgaben erfüllen. Von zehn Projekten in einem Wettbewerb halten bestenfalls zwei den Kostenrahmen, und das sind nicht unbedingt die, von denen die Jury auch architektonisch überzeugt ist.

Mir scheint wichtig, dass die Ausloberberatung und die Durchführung eines Wettbewerbs nicht von derselben Firma gemacht werden darf, die danach als Generalplaner auftritt.

Padutsch: Bei den Wettbewerben der Stadt gab es in den letzten Jahren zwischen Bauherren und Fachjuries keine Kriegssituation, sondern es waren fast durchgängig einstimmige Entscheidungen, jedenfalls im Einvernehmen mit dem Bauherren, und dabei war das Kostenargument immer ein ganz wesentlicher Faktor. Bei der angesprochenen Polizeisporthalle hat sich dann herausgestellt, dass sie um die Summe, die der Architekt zugesagt hatte, nicht gebaut werden kann. Und da war wichtig, dass der Gestaltungsbeirat und wir als Stadt gesagt haben, nein, wir wechseln nicht die Pferde, sondern entwickeln das Projekt weiter und versuchen die Kosten zu reduzieren. Das ist dann auch im Wesentlichen gelungen, unter Einhaltung der Stärken des Projekts.

Spannberger: Dafür kann man den Gestaltungsbeirat



Foto: Franz Neumayr

Franz Fürst

nicht genug loben und damit indirekt die Politik, die ihn sich ja als Beratungsgremium geschaffen hat. Frage nicht, was bei aus Polizeisporthalle geworden wäre, wenn die Stadt das Projekt nicht weiter begleitet hätte.

Padutsch: Da war ja schon entschieden, dass das zweitrangige Projekt umgesetzt wird, und wir konnten das noch umdrehen.

Maierhofer: Zu den Baukosten möchte ich noch etwas anmerken: Wir sind im Moment mit drei Schulbauprojekten im Land Salzburg befasst. Das erste und wichtigste für die Gemeinde ist, dass das Projekt im Förderungsprogramm des Landes aufscheitert - ob das jetzt das Schulbauprogramm ist oder das Wohnbauförderprogramm für Altenheime. Das nächste ist, dass es natürlich aufgrund der budgetären Situation – das braucht man heute nicht extra zu betonen – besser ist, wenn man um 10 Prozent günstiger baut als um 10 Prozent über dem Richtwert der Baukosten laut Förderungsprogramm. Der Bürgermeister bringt sein Projekt in der Gemeindevertretung durch, wenn er garantieren kann, dass er innerhalb der Kosten bleibt. Der Bauträger muss die dann einhalten. Aber wie soll er das tun – jetzt wiederhole ich mich – wenn man im Wettbewerb von zehn Projekten nur zwei bekommt, die das leisten. Da sind die Architekten gefordert.

Kühn: Sie stellen es so dar, als ob diese Kostengrenzen Naturgesetze wären, über die man nicht diskutieren kann. Den Wettbewerb für die Messe in Graz hat Klaus Kada mit einem Projekt gewonnen, das weit über den veranschlagten Kosten lag, aber er konnte argumentieren, dass mit diesem Kostenrahmen nichts Vernünftiges zu realisieren war, nicht nur im formalen, sondern auch im wirtschaftlichen Gesamtkonzept.

Maierhofer: Es ist sehr transparent und wirklich leicht darstellbar, warum man bei einem Gymnasium mit 16 Klassen auf einen Quadratmeterpreis von sagen wir 16.000 Schilling kommt. Wenn Sie sich die deutsche Baukostenliteratur ansehen, finden Sie nutzungs- und projektspezifische Erfahrungswerte, die regelmäßig auf den letzten Stand gebracht werden. In dieser Bandbreite muss sich der Architekt bewegen. Auch die BIG hat ihre Bandbreiten für Projekte.

Ebner: Aber wieso schafft es die BIG neben Bauvolumen auch Architektur zu erzeugen? Das ist doch die Frage. Was meiner Erfahrung nach immer gefehlt hat in Salzburg



Foto: Franz Neumayr

Günter Maierhofer

ist eine Gesprächskultur, wie man gemeinsam mit den Architekten in einen Prozess hineinkommt, um die Kosten zu reduzieren. Die Polizeisporthalle ist da eine Ausnahme.

Maierhofer: Den Architekten werden kaum zu haltende Baukosten vorgegeben, ohne die zugrundeliegende Kalkulation und die genaue Ausstattung bekanntzugeben. Von diesem Problem habe ich im Zusammenhang mit der Sabfinanz schon öfter gehört. Da läuft die Architektur massiv Gefahr, auf der Strecke zu bleiben.

Spannberger: Mir scheint wichtig, dass die Ausloberberatung und die Durchführung eines Wettbewerbs nicht von derselben Firma gemacht werden darf, die danach als Generalplaner auftritt. Das sollte strikt getrennt sein. Eine weitere Forderung ist, daß die Ausloberberatung und die Vorprüfung von ArchitektInnen und nicht von ausführenden Firmen durchgeführt wird.

Maierhofer: Davor würde ich den öffentlichen Auftraggeber aber warnen. Wer übernimmt denn die Garantie für die Kosten? Die Jury verabschiedet sich, nachdem sie zwei oder drei Tage über die Projekte befunden hat, und entläßt sozusagen den Wettbewerbssieger in Richtung Auftraggeber, der ja – zumindest soweit es den öffentlichen Sektor betrifft – kaum in der Lage ist, sich mit der Gemeindevertretung ein anderes Urteil zu bilden als das, was er über die Jury bekommt. Es gibt genug Beispiele, wo dann in der Ausführung und in der Gesamtabrechnung wesentlich höhere Kosten aufgetreten sind. Und in der Gebührenordnung der Architekten, nach der wir ja im öffentlichen Bereich beauftragen, ist die Kostenverantwortung nicht geregelt.

Kühn: Können Architekten diese Kostengarantie überhaupt bieten? Materiell ist bei ihnen ja in Relation zu den Bausummen nichts zu holen.

Wenn Du eine Bankhaftung über 7 Millionen übernimmst, dann bauen wir Dein Projekt.

Maierhofer: Zumindest bis zur Höhe des Architektenhonorars könnte es Haftungen geben. Dazu gibt es in Deutschland in Einzelfällen schon Entscheidungen, und außerhalb der deutschen Honorarordnung für Architekten und Ingenieure gibt es durchaus Werkverträge, in denen Architekten eine solche Kostengarantie übernehmen. Aber bei uns gibt es dieses Kostenbewusstsein nur bei wenigen Architekten. Ich kann mich an ein innovatives, aber in den



Rendering: Atelier Kada, Aachen

Klaus Kada mit Gerhard Wittfeld: Mercedes Benz – Georg Pappas AG

Kosten fragwürdiges Projekt erinnern, bei dem der Bauherr dem Architekten gesagt hat, wenn Du eine Bankhaftung über sieben Millionen Schilling übernimmst, dann bauen wir Dein Projekt. Da gab es einen Aufschrei im Gestaltungsbeirat, dass man das dem armen Architekten nicht zumuten darf, aber der Bauträger soll selbstverständlich die Kostengarantie übernehmen.

Kühn: Darf ich das zusammenfassen: Sie plädieren dafür, die gesamte Macht über das Projekt von der Spezifikation über die Abwicklung des Wettbewerbs bis zur Projektsteuerung in einer Hand zusammenzufassen?

Maierhofer: Das ist richtig. Der Wettbewerbsabwiker kann dann in weiterer Folge auch die Kostengarantie übernehmen.

Kühn: Wenn hinter ihm die Banken stehen, wie in Ihrem Fall.

Es ist die Aufgabe der Architekten, die hochwertige Hülle eines tragfähigen, nachhaltigen Nutzungskonzepts zu entwickeln. Die eigentliche Kreativleistung bei einem Projekt steckt im Development.

Spannberger: Ich bin entschieden gegen dieses Modell. Dieser Wettbewerbs- und danach Bauabwickler muss sich keinerlei Kontrolle stellen! Ich halte Bauträgerwettbewerbe, bei denen sich ArchitektInnen und Bauträger mit einem gemeinsamen Projekt bewerben und für die Kosten garantieren, für viel vernünftiger. Der Wettbewerb wird dabei von unabhängigen Leuten vorbereitet und abgewickelt. Das ist am Anfang scheinbar aufwendiger, aber dafür sind die Wettbewerbe besser konzipiert und man hat eine Konkurrenz zwischen Bauträgern und nicht einfach irgendwelche Richtwerte. Vorbild für mich sind nicht die Wiener Bauträgerwettbewerbe, sondern die von der Stadt Salzburg ausgeschriebenen, bei denen die Stadt die Bedingungen zu denen die Architekten engagiert wurden – Beauftragung nach GOA, mit mindestens 80 Prozent der Büroleistung – vertraglich vorgab.

Ebner: Ich plädiere für ein anderes System, wie es von der BIG – der Bundesimmobiliengesellschaft – angewandt wird, nämlich Generalplanerleistungen an Architekten zu vergeben. Das ist die einzige Chance für den Architekten, auch eine Verantwortung für die Kosten zu übernehmen. Mich würde aber in diesem Zusammenhang die Meinung



Foto: Gebhardt Seingmüller

Halle 1 Architekten Sailer und Lang; Markartsteg



Foto: Margherita Spluttini

one room architekten Georg Huber/Karl Meinhart, Kindergarten Leopoldskron



Foto: Erika Schmied

Ursula Spannberger

von Herrn Fürst interessieren, der ja als privater Developer das klassische Bauherren-Modell repräsentiert. Wie gehen Sie an diese Fragen heran?

Fürst: Von Wettbewerben um jeden Preis bin ich nicht überzeugt. Viel wichtiger ist, dass der wirtschaftliche Gesamtrahmen stimmt, denn wenn die Stadt sich in die richtige Richtung entwickelt und prosperiert, dann ist der Kuchen für alle größer, und dann ist die Frage Wettbewerb oder nicht keine so zentrale. Wenn Sie heute in München ein Inserat für eine Mietwohnung aufgeben, dann stehen 150 Leute vor der Tür, und jeder muss sich mit Leumundszeugnis beim Vermieter ausweisen, damit er überhaupt eine Chance auf die Wohnung hat. Grundsätzlich sehe ich es so, dass die eigentliche Kreativleistung bei einem Projekt im Development steckt. Der Architekt muss vom Developer Rahmenbedingungen bekommen, denn woher weiß er sonst, was er planen soll. Da steckt der kreative Akt im Wesentlichen.

Garstenauer: Der ökonomisch kreative, aber doch nicht der künstlerische.

Kühn: Vielleicht ist Geld verdienen auch eine Kunst?

Die Umstellung von der Objektförderung auf die Subjektförderung im Wohnbau war qualitätsmäßig eine Katastrophe.

Fürst: Es ist die Aufgabe der Architekten, die hochwertige Hülle eines tragfähigen, nachhaltigen Nutzungskonzepts zu entwickeln. So sehe ich Architektur. Und ich suche mir die Leute aus, von denen ich der Auffassung bin, dass sie unser Konzept verstehen und am besten umsetzen können.

Kühn: Erwarten Sie von den Architekten nicht auch ein Feedback zum Nutzungskonzept, vielleicht sogar ein kritisches?

Fürst: Zuerst muss es eine Idee geben, und dann muss diese Idee mit den Architekten, für die man sich entscheidet, genauer ausformuliert werden. Wenn es städtebaulich oder konzeptionell noch viele offene Fragen gibt, dann halte ich einen Wettbewerb für sinnvoll. Auf jeden Fall geben wir eine Budgetgrößenordnung vor, und aus der Kostenverantwortung lasse ich den Architekten dann sicher nicht heraus. Da ändert sich das Berufsbild des

Architekten entscheidend. Es genügt nicht mehr, Künstler zu sein, man muss genauso ökonomisches und juristisches Wissen haben. An der TU München geht das Ausbildungsprofil in diese Richtung. Developer werden in Zukunft bei Wettbewerben über den Entwurf hinaus auch eine detaillierte Kostenschätzung nach Ö-Norm verlangen. Das bedeutet einen hohen Aufwand im Wettbewerb, aber dann wird es auch für alle weniger Überraschungen geben. So wie früher, dass es im Fall des Falles zu einem Gemetzel zwischen dem Bauherrn und den Professionisten kommt, geht es nicht mehr. Die Architekten werden nicht mehr freigespielt. Das heißt aber auch, dass ich den Architekten die Kompetenz einräume und sie mit der Werkplanung beauftragen muss, damit sie ihre Projekthinhalte unter Wahrung der Kosten realisieren können.

Padutsch: Das alles Entscheidende ist meiner Ansicht nach, dass der planende Architekt vom Anfang bis zum Ende eingebunden ist, verantwortlich eingebunden.

Fürst: Ja. Ich kann ihm aber durch eine Projektsteuerung das Erbsenzählen abnehmen, das ist nach meiner Erfahrung nicht die Sache der meisten Architekten.

Padutsch: Noch eine Anmerkung zur Rolle des Architekten. Es gab eine Zeit, als Architekten auch als Immobilienhändler aufgetreten sind. Davon halte ich wenig, aber es gibt doch Fälle, in denen Architekten in einem durchaus kooperativen Verfahren nicht nur die Hülle liefern, sondern sich Gedanken um den Inhalt machen. Meiner Ansicht nach liegt einer der größten Mängel im Bausehen darin, dass es mit wenigen Ausnahmen keine wirklich guten Projektentwickler gibt. Die meisten größeren Bauträger nehmen ein Grundstück her, legen als Nutzung 30 Prozent Büro, 50 Prozent Wohnungen und noch ein paar Geschäfte fest, und das soll dann die kreative Leistung des Projektentwicklers sein, von der Herr Fürst gesprochen hat. Das ist lächerlich.

Kühn: Mich würde gerade im Wohnbau interessieren, welche Innovationen es in Salzburg gibt. So wie sich die Familienstrukturen heute verändern, hätten die Developer hier Gelegenheit, ihre Kreativität zu beweisen.

Fürst: In Salzburg gibt es eine Marktsättigung. Nach günstigen Wohnungen wird es immer eine Nachfrage geben, wobei dort durchaus formale und räumliche Qualität gefordert wäre, auch wenn die Wohnungssuchenden das oft nicht ausdrücken können. Auch Menschen, die



Foto: privat

Johann Padutsch

keine große Brieftasche haben, spüren, ob ein Ort gut ist.

Ebner: Ich glaube, dass man die Nutzer oft unterschätzt. Ich weiß aus vielen Gesprächen in Salzburg von Leuten, die eine Wohnung gekauft haben, die sie eigentlich nicht wollten, weil sie am Markt nichts Vernünftiges gefunden haben. Da gibt es einen echten Bedarf, und ich habe dem Land vorgeschlagen ein Musterwohnbaumodell zu machen, mit dem man auch die Spielräume für die Förderung und Dichtekonzepte untersuchen könnte.

Maierhofer: Zum Wohnbau im engeren Sinn möchte ich mich nicht äußern, weil wir uns in diesem Bereich nicht engagieren. Aber im Bereich der Altenheime war das Land Salzburg insofern innovativ, als schon vor zehn Jahren die Grundrisse auf geriatrische Anforderungen hin ausgelegt wurden. Bis 2030 wird die Zahl der Menschen, die „betreut“ wohnen, dramatisch ansteigen. In der Stadt Salzburg sehe ich da im Moment aber keine Perspektive.

Padutsch: Die Stadt errichtet keine klassischen Pensionistenheime mehr, sondern baut die bestehenden um rund 500 Millionen Schilling in Richtung pflegerechte Wohnheime um. Wichtig wäre es natürlich, im ganz normalen Wohnbau auf Pflegegerechtigkeit zu achten, also integrative Modelle zu entwickeln. Da gibt es bisher nur Ansätze. – Im Wohnbau generell haben wir vor allem auf dem Energiesektor auf Grund der Neuorientierung in der Wohnbauförderung, die jetzt leider teilweise wieder zurückgenommen wurde, Innovatives geleistet. Das Wohnprojekt Gneismoos der GSWB war das erste größere Beispiel in der Stadt für ein konsequentes, nachhaltiges Energiekonzept im Wohnbau.

Spannberger: Trotz solcher Beispiele war die Umstellung von der Objektförderung auf die Subjektförderung im Wohnbau qualitativ eine Katastrophe. Objektförderung hat zumindest sichergestellt, dass ab 50 Wohneinheiten ein Wettbewerb durchgeführt werden mußten. Jetzt gibt es überhaupt keine Qualitätskontrolle im geförderten Wohnbau mehr, und da geht es nicht nur um formale Qualitäten, sondern auch um städtebauliche, soziale und um den ganzen Bereich der virtuellen Kosten, also der Erschließungs- und sonstiger Folgekosten. Das wird nicht mehr überprüft. Die Genossenschaften und privaten Bauträger können bauen, was sie wollen, solange sie sich an die Mindeststandards der Bauordnung halten.

Kühn: Höhere Standards für energiesparendes Bauen



Foto: Pez Hejduk

Georg Wolfgang Reinberg: Wohnbau Gneismoos

sind aber doch nach wie vor mit der Wohnbauförderung verknüpft. Wieso ist das bei anderen Kriterien nicht möglich?

Spannberger: Weil es politisch nicht gewünscht ist. Wir haben als Initiative Architektur gemeinsam mit der Architektenkammer und der Arbeiterkammer eine Petition an den Landtag gerichtet, in der wir ein Mischsystem zur Qualitätssicherung vorgeschlagen haben, ähnlich wie die Energiepunkte, aber das ist einfach abgeschmettert worden.

Padutsch: Es gibt im Land keine Stelle, die kompetenzmäßig für die Frage zuständig ist, ob eine Wohnung auch Wohnqualität hat. Der Gestaltungsbeirat der Stadt geht bei konkreten Projekten noch am ehesten darauf ein, aber er dürfte es gar nicht, weil er an sich nur für das Äußere zuständig ist.

Garstenauer: Herr Fürst hat vorhin gesagt, dass man in Städten wie München keinen Gestaltungsbeirat braucht, weil der Markt dort so dynamisch ist und das alles von allein regelt. Ich glaube das nicht. Es gibt so viele Bauträger, die überhaupt kein Organ für Qualität haben. Im Gestaltungsbeirat habe ich wiederholt erlebt, dass wir dem Direktor einer Genossenschaft gesagt haben, so etwas können Sie den Bewohnern nicht zumuten, und das hat viel bewirkt. Auf dem Land, wo eine solche Hilfestellung noch viel dringlicher wäre, funktionieren die Gestaltungsbeiräte aber leider überhaupt nicht. Die Fremdenverkehrsgemeinden sind in einer fürchterlichen Fehlentwicklung gelandet. Die Orte sind total versaut, aber die Gemeinden haben keine Partner, die sie mit neuen Konzepten unterstützen.

In manchen Bezirkshauptstädten ist der gesetzlich vorgeschriebene Gestaltungsbeirat seit Jahren nicht mehr zusammengetreten.

Spannberger: Die Gestaltungsbeiräte in den Gemeinden gibt es per Gesetz durchaus, aber keiner weiß, wie sie arbeiten und wann sie zusammentreten. In manchen Bezirkshauptstädten wie Zell am See ist der Gestaltungsbeirat seit Jahren nicht mehr aktiv gewesen. Ich bin Mitglied im Fachbeirat des Landes Salzburg für Architektur, der dem Kulturressort zugeordnet ist. Wir bekommen dort Anfragen von Architekten, die in diesen Gemeinden Projekte nicht durchbringen, und wir versuchen dann, sie mit



Thomas Wizany



Foto: Paul Ott

ZT Arquitectos Lda. (Gonçalo Byrne + Thomas Zinterl), Bundesschulzentrum Tamsweg – 1. Bauabschnitt, Handelsakademie/Handelsschule;

Gutachten zu unterstützen, die wir aber nicht so nennen dürfen, weil wir als Gremium des Landes dort keine Gutachten schreiben dürfen. Die Bürgermeister sind heute in der Regel aufgeschlossen und dankbar, dass sie von einer kompetenten Stelle Hilfe bekommen.

Mayr: Zell am See hat einen engagierten Gestaltungsbeirat. In anderen Gestaltungsbeiräten in Landgemeinden ist das Gegenteil der Fall. Es sitzen in diesen Gremien oft Bezirksarchitekten und lokale Baumeister, die zeitgemäße Bauen verhindern oder stark einschränken. Bedauerlicherweise hat auch das Land eine Mitverantwortung, indem es abenteuerlichsten Verfahren Rückendeckung gibt. Ich habe letzte Woche mit einem Gemeinderat aus Altenmarkt darüber gesprochen, wieso in der Gemeinde eine große Schulerweiterung ohne offenen Wettbewerb realisiert wird. Er hat sich darauf berufen, dass das Land das Verfahren betreut hat. Dabei wurde ein Schmalspurbauwettbewerb der übelsten Sorte durchgeführt, von dem sich die Architektenkammer distanziert hat. Es gibt zwei Bauetappen, um die EU-Kriterien zu umgehen. Ein lokaler Architekt „bezwang“ eine Hand voll lokaler Baumeister mit einem Projekt, das nicht einmal die niedrigsten Standards in Bezug auf Architektur und Freiraum erfüllt.

Alle Bausünder kommen ins Himmelreich.

Spannberger: Bis auf wenige Projekte gibt es daher auf dem Land nichts Interessantes vorzuweisen. Mir fallen nur der „Rote Laubfrosch“ von Splitterwerk in Bürmoos und einige Einfamilienhäuser von LP Architekten im Pongau ein, und die Projekte, die vom Bundeshochbau in der mittelbaren Verwaltung durchgeführt wurden, etwa die Gymnasien in Tamsweg und in Neumarkt. Das waren vorbildliche Verfahren. Ich bin gespannt, wie sich dieser Bereich nach der Eingliederung der mittelbaren Verwaltung in die BIG entwickeln wird. In Salzburg ist diese Eingliederung ja stark kritisiert worden.

Ebner: Ich sehe bei der Arbeit in der Initiative Architektur, dass die Bürgermeister froh sind, wenn sie Unterstützung bekommen. Wir haben ein Symposium für diese Zielgruppe veranstaltet, zu dem 80 Bürgermeister gekommen sind. Der Landesrat und Bürgermeister Eisl hat dort zeitgemäße Architektur und eine Abkehr vom Lederhosenstil gefordert.

Kühn: In den sechziger Jahren gab es ja schon einmal eine solche Aufbruchstimmung, gerade in Salzburg, wenn

ich an die Projekte in Bad Gastein von Prof. Garstener denke. Da ging es ja nicht nur um Architektur, sondern um die Suche nach einer neuen regionalen Identität.

So wie früher, dass es im Fall des Falles zu einem Gemetzel zwischen dem Bauherrn und den Professionisten kommt, geht es nicht mehr. Die Architekten werden nicht mehr freigespielt.

Mayr: Ob es von der Landespolitik viel Unterstützung dafür geben wird, bezweifle ich. Gerade sind – kurz vor Inkrafttreten der Objektivierungsrichtlinie des Landes – die zwei zentralen Positionen in der Landesverwaltung für Raumordnung und für Hochbau mit Personen besetzt worden, die zuvor die Errichtungsgesellschaft für das Stadion leiteten. Dipl.-Ing. Denk war im Straßen- und Garagenbau tätig. Der oberste Raumplaner, Dr. Mair war zuvor Geschäftsführer der Baulandsicherungsgesellschaft Land-Invest. Da machte er klar, dass die Verfügbarkeit von Grundraumordnerischen Kriterien vorgeht. Der Landeshauptmann hat mit Mairs Besetzung langfristig Weichen in die falsche Richtung gestellt.

Padutsch: Das hat natürlich seine Hintergründe. Der so genannte „Speckgürtel“ um die Stadt Salzburg entstand ja nicht zuletzt durch sehr unterschiedliche Vollzugspraxen von Gesetzen, insbesondere des Raumordnungsgesetzes. Im Zusammenspiel von großen Bau-trägergesellschaften und mächtigen Landbürgermeistern mit guten Verbindungen in die Landesregierung sind hier enorme Nutzungsverdichtungen erfolgt, teilweise ein paar Meter außerhalb der Stadtgrenze in Wals-Siezenheim oder im „Möbeldorf“ Eugendorf. Das ist städtebaulich und architektonisch höchst unqualifiziert, aber es wächst ohne die entsprechenden Widmungen weiter. Natürlich gab es immer Gewerbegebiete am Rande der Stadt, aber diese Dynamik schädigt die Stadt gewaltig, die immer noch die gesamten Lasten zu tragen hat, während Wals-Siezenheim sich mittlerweile den Marktplatz golden pflastert, weil es nicht mehr weiß, wohin mit dem Geld.

Spannberger: Da gab es vor kurzen eine Karikatur in den Salzburger Nachrichten über einen Ortsteil von Wals, der Himmelreich heißt, mit dem Untertitel: Alle Bausünder kommen in das Himmelreich.

Kühn: Wenn das Paradies aussieht wie Wals-Siezenheim, wäre das ja nur gerecht.



Foto: Franz Neumayr

Kurzbiografien der GesprächsteilnehmerInnen

Peter Ebner

Geboren in Hallwang, Salzburg
Tischlerlehre, HTL Maschinenbau Salzburg Architekturstudium an der Technischen Universität Graz und der University of California, Los Angeles
Seit 1995 eigenes Atelier in Salzburg
Seit 1996 Vorstandsmitglied der INITIATIVE ARCHITEKTUR Salzburg, seit 1998 Vorstandsvorsitzender
Seit 1998 Bürogemeinschaft mit Franziska Ullmann
Projektbezogene Partnerschaften mit Francis Soler/Paris, atelier one/London, Mark Mack / Los Angeles
Wichtige Projekte: Studentenheim Salzburg, Geburtsklinik St. Anna, Stuttgart, Stadtteilzentrum ‚In der Wiesen‘, Wien

Franz Fürst

Geboren 1956 in Salzburg
Berufseinstieg bei einer österreichischen Bausparkasse
1980 Gründung einer Immobiliengesellschaft mit Schwerpunkt Verkauf von Bauträgerprojekten und Marketingberatung für Bauträgerunternehmen
1984 Gründung eines eigenen Bauträgerunternehmens
Realisierung zahlreicher Projekte, u.a.: Fashion Mall Salzburg, 1990, Wohnanlage Parsch 1992, Zentrum Herrnau 1990-94, Fondachhof 1997-2000, Quartier Bruderhof Altstadt Salzburg 2001/2002

Gerhard Garstenauer

Geboren 1925 in Futsch an der Glocknerstraße/Salzburg
Studium an der Technischen Hochschule in Wien (1947-1952) und an der Meisterschule von Siegfried Theiss (1953); Entwurfseminare an der Internationalen Sommerakademie in Salzburg bei Konrad Wachsmann (1956-1960)
Seit 1954 freischaffender Architekt in Salzburg
1973-78 Lehrauftrag an der Universität Innsbruck.
Ausgewählte Bauten: Felsenbad Badgastein 1967-1968; Geschäftsgebäude Ford Schmidt Salzburg 1968; Kongresszentrum Badgastein 1968-1974, Berg- und Talstation Kreuzkogel-Sessellift Sportgastein 1970-1971, Sportzentrum Badgastein, 1974; Mercedes-Benz Zentrallager Salzburg 1972-1974, Solarbad Dorfgastein 1976-1978, Revitalisierung Rupertinum Salzburg 1977-1980

Günter Maierhofer

Geboren 1948 in Veitsch, Steiermark
Studium Bauingenieurwesen an der TU Graz
1975-1982 Bauleitung für zivile und militärische Tunnel- und Untertagebauten (Arlbergtunnel, Goldhaube)
1982-1988 Salzburger Bauträgergesellschaft
Seit 1989 Geschäftsführer der Salzburger Bau- und Finanzierungsbetreuung mbH (Sabfinanz)

Norbert Mayr

Geboren 1964, HTBLA Salzburg
Studium der Kunstgeschichte an der Universität Salzburg
Seit 1993 Forschungs-, Publikations- und Kuratorentätigkeit mit Schwerpunkt österreichische und internationale Architekturgeschichte, Architekturtheorie und Denkmalpflege. Beiträge und Kommentare in Ausstellungskatalogen, österreichischen und internationalen Architekturzeitschriften und der Tageszeitung Salzburger Nachrichten, Buchbeiträge, Lehrtätigkeit an der Salzburger Sommerakademie.

Johann Padutsch

Geboren 1955
Volksschule, Hauptschule, Polytechnischer Lehrgang, HTBL Elektrotechnik Neun Jahre bei Siemens, Bereich Fernmelde- und Signaltechnik, zuletzt Bauleitung bei Großprojekten in Übersee
Im Gemeinderat der Stadt Salzburg, fünf Jahre davon Klubobmann der Bürgerliste
Von 1992-1999 Bürgermeister-Stellvertreter in der Stadt Salzburg, seit 1999 Stadtrat in der Stadt Salzburg, ressortzuständig für Raumplanung, Verkehr und Umweltschutz

Ursula Spannberger

Geboren 1956 in Horsens, Dänemark
Studium Architektur, Kunstgeschichte, Gesang in Innsbruck
eine Tochter, geboren 1980
Seit 1990 selbständige Architektin in Salzburg
Konzerttätigkeit als Sängerin
Gründungsmitglied und erste Präsidentin der INITIATIVE ARCHITEKTUR Salzburg
Vorsitzende des Fachbeirats Architektur des Landeskulturbeirats Salzburg
Gebaut: Galerie Fotohof, ToihausTheater, Wohnbauten, EF-Häuser, Dachbodenausbauten

Architekturwirklichkeiten: Eine Serie der Architekturstiftung Österreich in Kooperation mit ARCHITEKTUR & BAU FORUM und der Tageszeitung Der Standard. Wir danken der Bundes Immobilien Gesellschaft (BIG) für die Unterstützung dieser Gesprächsreihe.